

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 4

Buchbesprechung: Bücher

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BÜCHER

UNERFÜLLTES VERMÄCHTNIS?

Der innerdeutsche Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime dürfte noch für längere Zeit ein aktuelles und brennend interessantes, aber auch umstrittenes zeitgeschichtliches Thema bleiben. In dieser Zeitschrift wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Beschränkung des innerdeutschen Widerstandes auf das Datum des 20. Juli 1944 jenes Datum überbewerte und dass es vielmehr darauf ankomme, die Bedeutung der Widerstandsbewegung zu erkennen und zu begreifen¹. Obgleich die sukzessive Öffnung von Archiven ständig neue Erkenntnisse zeitigt, ist es immer noch schwierig, zu einem klaren Urteil zu kommen, solange nicht das ganze jenem Geschehen zugrunde liegende Aktenmaterial veröffentlicht ist.

Schon kurz nach dem 20. Juli 1944 war erkennbar, dass das «andere Deutschland» kein Privileg einer bestimmten Partei, Gesellschaftsklasse oder Berufsgruppe war.

Einen neuen Beitrag zum Verstehen des innern Zustandes Deutschlands im Jahre 1944 bringt das Buch eines Sohnes des Generalobersten von Hammerstein-Equord, des letzten Chefs der Heeresleitung vor 1933². Die Tragödie der misslungenen Erhebung ging über in das Drama des Überlebenwollens. Hammerstein schildert einen Ausschnitt daraus. Neben seinem eigenen rekonstruiert er auch die Fluchtwiege anderer nach dem 20. Juli 1944 Verfolgter, so jene Goerdelers, Hassels, Hardenbergs u.a. In seiner Darstellung schont er weder den aristokratischen Stand noch das Offizierskorps, das sich vor einen Konflikt mit einer korrupten, politischen Führung gestellt sah, welche die traditionellen Grundsätze von Ehre und Anstand negierte.

Es ist heute nicht mehr zu bestreiten, dass die tiefste Quelle des innerdeutschen Widerstandes der Protest des Gewissens war gegen die sittliche Dekadenz des

Nationalsozialismus und seine Entwicklung zum Verbrecher-Regime. Mit anderen Worten: Es ging vor allem um den Sturz des Regimes, unter dem vielen ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich war. Es ging aber auch um eine Neubewertung der Verhaltensfaktoren, unter denen jene der nationalen Pflicht und des nationalen Verständnisses angesichts der vorliegenden Umstände eine völlige Umwertung erfahren mussten.

Die Forderung nach einer auf Freiheit, Menschenrecht und Menschenwürde gegründeten Gesellschaft war denn auch neben jener nach Wandlung des nationalen Bewusstseins das gemeinsame Hauptziel fast aller Widerstandskreise. Dieses Ziel kann nicht vernebelt werden durch noch so heftige Auseinandersetzungen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands.

Dabei hätte es der Veröffentlichung der Gestapoberichte zum 20. Juli 1944 nicht bedurft, um Gegensätze verschiedenster Art zwischen und innerhalb der verschiedenen Widerstandskreise zu erkennen³. Sie waren längst bekannt. Ritter konnte übrigens die Berichte bei der Bearbeitung seiner Biographie über Goerdeler schon verwenden. Das Dokumentationsbuch Peters hat sogleich nach dem Erscheinen einen Sturm von Entrüstung hervorgerufen, hauptsächlich deshalb, weil die Dokumente ohne Kommentar veröffentlicht und damit angeblich die «Meinung der Henker über ihre Opfer» publiziert wurden. Tatsächlich hat der Herausgeber zur Publikation wenig mehr beigetragen als eine kurze Einführung und einige Anmerkungen, die unbedeutende Irrtümer richtigstellen. Der Entrüstungssturm hat sich indessen als ein Sturm im Wasserglas erwiesen. Das Buch bringt keinerlei Belege zu einem negativen Urteil über den Charakter der führenden Männer des deutschen Widerstandes.

Einer der bedeutendsten Widerstandskreise war der Kreisauer Kreis. Über ihn hat bisher eine umfassende Darstellung gefehlt. Diese Lücke wird nun geschlossen durch eine Arbeit des holländischen Historikers Ger van Roon⁴. Die Untersuchung der Dokumente, von denen verschiedene in seinem Werk erstmals veröffentlicht werden, ermöglichte es ihm, ein wissenschaftlich fundiertes Bild des Kreisauer Kreises zu zeichnen.

Er untersucht zunächst die geistigen Quellen des Kreises, die Rothfels als Verbindung christlicher, aristokratischer und sozialistischer Ethik bezeichnet hat. Wie wenige Deutsche haben die Kreisauer die Lehren aus einer Entwicklung gezogen, die in die Katastrophe geführt hat. Der Kreisauer Kreis ist bekanntlich aus der Begegnung der beiden Grafen Moltke und York entstanden und war schliesslich sehr heterogen zusammengesetzt aus Konservativen, Sozialisten, Gutsbesitzern, Gewerkschaftern, Protestanten und Katholiken. Das Bild, das van Roon von den Angehörigen des Kreises zeichnet, ist viel klarer und detaillierter als das bisher bekannte Bild.

Die Kreisauer befassten sich fast ausschliesslich mit politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemen. Bei der Darstellung ihrer Tätigkeit, ihrer Beziehungen zu den Alliierten und den besetzten Ländern sowie ihrer Verbindungen mit anderen Widerstandskreisen wäre im Buche van Roons eine genauere Darstellung der Beziehungen zwischen Goerdeler und den Kreisauern wünschbar, denn die Begegnung ergab für beide eine Anpassung ihrer aussenpolitischen Einstellung, die bekanntlich bei Goerdeler seit 1941 stark hegemonial war, während Moltke die Europaidee vertrat. Im übrigen weist van Roon überzeugend nach, dass die Meinung falsch ist, wonach die Kreisauer in passivem Verhalten den Zusammenbruch des Dritten Reiches abgewartet haben. Moltke hat tatkräftig gegen das Regime gearbeitet, obgleich er ein Attentat gegen Hitler abgelehnt hat. Gerstenmaier ist allerdings im Gegensatz

zu anderen der Auffassung, dass die Kreisauer immer den Staatsstreich im Auge hatten. Ob van Roon die Ideen der Kreisauer über den Staat richtig dargestellt hat, scheint fraglich.

Es ist praktisch sinnlos zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn der Staatsstreichversuch Erfolg gehabt hätte. Hingegen muss man sich fragen, was vom innerdeutschen Widerstand geblieben ist. Zunächst wurde man sich vorwiegend der negativen Erscheinung bewusst: Niederrlage, Tod, Jammer und Lücken. Erst nach und nach traten wiederum jene Gedanken Vorbilder und Vermächtnisse hervor, deren Verstehen und Nachleben für die Bewältigung der Gegenwarts- und Zukunftsprobleme Voraussetzungen sind, wenn es nicht zu einer neuen Katastrophe kommen soll. Es sind dies der Gedanke an die Wiederbelebung des religiösen Glaubens, der aus den letzten Briefen Moltkes, P. Delps, Ewald von Kleists und anderer spricht; es ist sodann der Gedanke der Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Klassen und Ständen in Deutschland, und es ist schliesslich der Gedanke der europäischen Zusammenarbeit.

Im äusserlich erfolglosen Ringen des «anderen Deutschland» hat sich zweifellos eine vielschichtige Wandlung des deutschen nationalen Bewusstseins vollzogen. Das «andere Deutschland» hat die dämonische Gewalt längst erkannt, die im entfesselten Nationalismus liegt und die im modernen Massenstaat im Nu zur tödlichen Gefahr werden kann. Es ist zu hoffen, dass Hitler in der deutschen Geschichte eine einmalige Erscheinung bleiben wird.

Man darf sich aber fragen, ob die Männer und Frauen des innerdeutschen Widerstandes nicht einen zu hohen Begriff vom zukünftigen deutschen Menschen, Volk und Staat gehabt haben. Ein Angehöriger eines nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten deutschen Widerstandskämpfers hat die Frage gestellt: «Wer wollte behaupten, dass die dämonische Macht, gegen die sie angetreten und von der sie

verschlungen worden sind, uns heute nicht mehr zu schaffen macht?»

Die jüngsten Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen zur Vermutung, dass bedenklich grosse Lücken in der inneren Ordnung noch nicht geschlossen sind und ein grosser Teil des Vermächtnisses des «anderen Deutschland» noch zu erfüllen bleibt.

Paul Gygli

¹Widerstand und Erneuerung, Schweizer Monatshefte 46. Jg. (1966), S. 299 bis 306. — ²Kunrat Frhr. v. Hammerstein, Flucht, Walter-Verlag Olten und Freiburg i.B. 1967. — ³Spiegelbild einer Verschwörung, hg. vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation, Seewald-Verlag, Stuttgart 1967. — ⁴Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand, R.-Oldenbourg-Verlag, München und Wien 1967.

DIE SUBVENTIONEN IN PRAKTISCHER UND THEORETISCHER SICHT

Unter den Instrumenten der Wirtschaftspolitik kommt den Subventionen eine besonders umstrittene Bedeutung zu. Subventionen sind einerseits als Förderungsmassnahmen zu werten. Sie bilden aber als «Steuern mit umgekehrten Vorzeichen» auch einen wichtigen Gegenstand der Finanzpolitik.

In der Schweiz hat man jüngst erlebt, wie ein grossangelegter Versuch, um zu einem vertretbaren Abbau der Bundesbeiträge zu gelangen, auf weiten Strecken im Sand verlaufen ist. Anstelle eines Abbaues oder mindestens einer Stabilisierung, wie sie von einer Motion der eidgenössischen Räte angeregt und hierauf vom

Bundesrat gestützt auf die Arbeiten der sogenannten «Kommission Stocker» vorgeschlagen worden war¹, sah sich der Bundesrat zu seinem Bedauern genötigt, in seiner Botschaft für das Budget 1968 unter dem Titel «Bundesbeiträge» allein eine Mehrausgabe von 214 Millionen Franken gegenüber dem Budget 1967 in Aussicht zu nehmen. Die Bundesversammlung hatte in den letzten Sessionen, sobald es um konkrete Fragen ging, ihren Abbauwillen nur mangelhaft bekräftigt, und überdies wurde der Subventionsbereich noch erweitert.

Die heutige Situation bezüglich der Bundessubventionen präsentiert sich wie folgt²:

	<i>Rechnung</i>	<i>Voranschlag</i>	<i>Rechnung</i>	<i>Voranschlag</i>
	1966	1967	1967	1968
	<i>(in Millionen Franken)</i>			
<i>Bundesbeiträge</i>	1351	1475	1552	1689
Strassen (ohne Nationalstrasse)	190	211	179	213
Eisenbahnen	94	97	92	93
Übriger Verkehr	18	24	20	17
Industrie, Gewerbe und Handel	21	26	15	24
Landwirtschaft	429	400	497	516
Getreideversorgung	105	97	112	96
Forstwirtschaft und Gewässer	52	52	66	67
Kranken- und Unfallversicherung	221	252	252	285
Übrige Sozialpolitik	27	33	26	34
Zivilschutz	38	62	72	85
Kultur, Forschung und Unterricht	147	211	212	243
Verschiedene	9	10	9	16

Die Ursache für die aussergewöhnliche Zunahme des Postens «Landwirtschaft» liegt gemäss bundesrätlicher Botschaft bei den für die Verwertung der Milchprodukte notwendigen Massnahmen (+ ca. 100 Millionen Franken). Die beträchtliche Erhöhung der Beiträge an die Kranken- und Unfallversicherung geht vor allem auf eine Revision des KUVG gemäss Bundesgesetz vom 13. März 1964 zurück. Im Bereiche der Kultur, der Forschung und des Unterrichts sind beim Budget für 1968 namentlich die um 20 Millionen vermehrten Beiträge an die Kantone für die Hochschulen, die weitere Subventionserhöhung an den «Nationalfonds» sowie die wachsenden Beiträge an die Stipendienzahlungen der Kantone und für das berufliche Bildungswesen zu berücksichtigen.

Das weitere Anschwellen der Bundesbeiträge ist nur zum Teil auf eine «force majeure» zurückzuführen. Doch hat in der Subventionsfrage die wissenschaftlich systematische Betrachtungsweise der Experten einmal mehr den Kürzern gezogen. Dies zeigt, wie schwer es eine nicht von Interessenstandpunkten getragene Betrachtungsweise hat, sich durchzusetzen. Die eigentliche Problematik der Subventionen und der mit ihnen oft verbundenen wirtschaftlichen Fehlleistungen scheint im Bewusstsein der meisten Politiker noch kaum Eingang gefunden zu haben. Nur die unablässige Aufklärung von fachlich ausgewiesener Seite vermag hier vielleicht nach und nach einen Wandel zu bewirken. Vorbildlich in dieser Hinsicht ist eine kürzlich erschienene Arbeit «Zur Theorie der Subventionen» von *Ursula Berthold*³. Die Verfasserin hat damit einen zeitgemässen Beitrag zur Diskussion über die Subventionen nicht nur in der Schweiz, sondern ganz allgemein in Staaten mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur geleistet, der dank seiner klaren Darstellung allgemeines Interesse beanspruchen darf.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten Kapitel werden die allgemeinen Grundlagen behandelt: der Subventionsbegriff, die Systematik der Subventionen und die Ziele der Subventionspolitik. Das

zweite Kapitel mit dem Titel «Mikroökonomische Subventionswirkungen» enthält eine Reihe von Analysen über die ökonomischen Auswirkungen von Subventionen unter der Annahme verschiedener Wettbewerbslagen (vollkommene Konkurrenz, reines Angebotsmonopol, vollkommene oligopolistische Konkurrenz, unvollkommene Konkurrenz). Ist dieser Teil grösstenteils fachwissenschaftlich ausgerichtet, so verdient vor allem das dritte Kapitel «Zur Beurteilung der Subventionspolitik» die Beachtung einer grösseren Öffentlichkeit. Er befasst sich insbesondere mit den Kriterien einer rationalen Subventionspolitik sowie mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen Subventionen mit ihren eigenen Zielen sowie mit einem gegebenen Wirtschaftssystem als konform betrachtet werden dürfen (Zielkonformität, Systemkonformität).

Mit besonderer Eindringlichkeit hat die Verfasserin dargelegt, weshalb Subventionen an private Unternehmungen so häufig ihr Ziel nicht erreichen und außerdem die marktwirtschaftliche Ordnung verletzen. Oft verfolgen Subventionen mengen- oder preispolitische Zielsetzungen. Jeder Produktionsanreiz ist aber langfristig nur dann gerechtfertigt, wenn auch die hierfür nötigen Absatzmöglichkeiten auf dem Markt vorhanden sind. Die Gedankengänge, welche Ursula Berthold in diesem Zusammenhang entwickelt, haben beispielsweise in bezug auf die heutige Situation in der Milchwirtschaft einen besonderen Aktualitätswert. Die Produktionskosten liegen dort zum Teil über dem marktwirtschaftlich möglichen Preis. Dem Interventionssystem (Stützung des Produktionserlöses durch künstliche Produzentenpreise, Senkung des Konsumentenpreises aus allgemeinen Bundesmitteln) fehlt ein adäquates Korrelat auf dem Gebiet der Produktionslenkung. Die so entstandene und zur Milchschwemme entartete Produktionsausdehnung wäre in sinngemässer Anwendung der von der Verfasserin dargelegten theoretischen Ausführungen als eine «zielkonforme» Nebenwirkung der Subventionspolitik zu

betrachten. Sie steht aber auch nicht in Einklang mit dem System der Marktwirtschaft.

Was die temporären Subventionen zum Abbau von Überkapazitäten, zum Aufbau neuer Kapazitäten, zur Überführung von kleineren in grössere Betriebe usw. betrifft, so können sie nach den Darlegungen Ursula Bertholds in einer Marktwirtschaft bei wohlüberlegter Applizierung eine durchaus systemkonforme oder sogar systemfördernde Funktion erfüllen. Dies setzt aber voraus, dass sie die Entstehung eines neuen Gleichgewichtes von Angebot und Nachfrage wirksamer, das heisst rascher und unter sicherer Vermeidung von Fehlinvestitionen ermöglichen, als wenn man die Entwicklung ausschliesslich den Marktkräften überliesse. Wird die Produktivität der Produktionsfaktoren nicht verbessert, so entsteht hingegen eine Wirkung, welche die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft beeinträchtigt. Besonders gross ist diese Gefahr bei allen Subventionen, welche die blosse Erhaltung einer ökonomischen Struktur zum Ziele haben; sie werden von der Verfasserin an sich als systeminkonform bezeichnet. «Systemkonform sind allein die vorübergehend gewährten, der wirtschaftlichen Entwicklung sich anpassenden und sie gestaltenden zielkonformen Subventionen. Sie üben auf die private Unternehmerinitiative einen Einfluss aus, der den Entscheidungen entspricht, die die Unternehmer auf längere Sicht oder bei der Möglichkeit zu richtiger Vorausschau auch von sich aus getroffen hätten.» Dabei kommt aber dem Kriterium der Gewährungsdauer eine erhebliche Bedeutung zu. «Langfristig führt jede Subvention, auch die formal und material systemkonforme, zur Verstetigung des Wirtschaftslebens und löst dadurch neue Nebenwirkungen aus, die von der Durchbrechung des marktwirtschaftlichen Ausleseprinzips und hinausgeschobener Rationalisierung bis zum monopolistischen Zusammenschluss reichen können.»

Die Crux der Subventionspolitik liegt in der mangelhaften Erkenntnis dessen, was bei solchen Massnahmen als «zielkonform» und «systemkonform» betrachtet werden darf, sowie im Beharrungsvermögen der einmal gewährten Hilfe auch dann, wenn infolge einer Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Unmöglichkeit der Zielerreichung offensichtlich wird. Die Verwirrung der Geister ist dabei häufig darauf zurückzuführen, dass Strukturwandlungen und Konjunkturschwankungen in ihrer unterschiedlichen Wesensbedeutung nicht hinreichend erkannt oder dass aus einer allfälligen Erkenntnis nicht rechtzeitig die Konsequenzen gezogen werden. «Die Versuchung, lautstarken Subventionswünschen aus metaökonomischen Gründen nachzugeben und die Einsicht in ihre ökonomischen Folgen stehen in ständigem Widerstreit.»

In ihrer Arbeit warnt Ursula Berthold vor der volkswirtschaftlichen Verschwenzung, die entsteht, wenn mit Subventionen in Verkennung rationaler Kriterien keine «Konfliktlösung», sondern höchstens ein momentaner «Konfliktausgleich» bewirkt wird.

Bernhard Wehrli

¹ Bericht der vom Bundesrat zur allgemeinen Überprüfung der Bundessubventionen eingesetzten Expertengruppe (Kommission Stocker), Bern, im Juli 1961.

— ²Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1968 vom 11. Oktober 1967; Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zur Staatsrechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1969 vom 10. April 1968. — ³Ursula Berthold, Zur Theorie der Subventionen. Ein Beitrag zur mikroökonomischen Analyse der Subventionswirkungen und ihrer wirtschaftspolitischen Beurteilung (Berner Beiträge zur Nationalökonomie Band 6), Bern 1967.